



N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.02.2025
öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:01 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Philipp Pieloth	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Paul Backmund	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrike Wölfel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Becker	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Johannes-Michael Gläser	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Andreas Methner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Elias Mischke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozkaya	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Robert Schönrok	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähmig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und und Soziales
Christian Loll	Leiter Abteilung Verwaltung und Finanzen
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Michelle Brasche	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Daniela Suchantke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Max Nordhaus	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Pieloth eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Pieloth erläuterte den Ausschussmitgliedern die Ergänzungen und Veränderungen der Tagesordnung vom Jugendhilfeausschuss am 06.02.2025.

Frau Schmidt teilte mit dass die CDU-Fraktion folgende Tagesordnungspunkte zurückzieht.

8.2.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Volt/Mitbürger zu einem Pilotprojekt zur Öffnung von Schulsportanlagen
Vorlage: VIII/2024/00677

8.3.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen (VIII/2024/00507) Vorlage: VIII/2025/00722 **zurückgezogen**

Des Weiteren teilte **Frau Schmidt** mit, dass die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion im Bildungsausschuss am 04.02.2025 zurückgezogen hat.

Herr Pieloth zog den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen zurück.

8.3.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen - VIII/2025/00722
Vorlage: VIII/2025/00811

Frau Krause teilte mit, dass die Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) als Mitantragssteller zum Änderungsantrag TOP 7.1.1 auftreten.

7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale) zur Beschlussvorlage „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025“ (Vorlage: VIII/2024/00655)
Vorlage: VIII/2025/00835

Herr Pieloth stellte fest, dass folgende Beschlussvorlagen, Anträge und Änderungsanträge auf der Tagesordnung bestehen bleiben.

zu 7.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025
Vorlage: VIII/2024/00655

- zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) zur Beschlussvorlage „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025“ (Vorlage: VIII/2024/00655)
Vorlage: VIII/2025/00835
- zu 7.2 Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen
Vorlage: VIII/2024/00333
- zu 8.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger
Vorlage: VIII/2024/00612
- zu 8.2 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zu einem Pilotprojekt zur Öffnung von Schulsportanlagen
Vorlage: VIII/2024/00402
- zu 8.3 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen
Vorlage: VIII/2024/00507

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Pieloth** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- und Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.01.2025
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025 Vorlage: VIII/2024/00655
- 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale) zur Beschlussvorlage „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025“ (Vorlage: VIII/2024/00655)
Vorlage: VIII/2025/00835
- 7.2. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen
Vorlage: VIII/2024/00333
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger

- Vorlage: VIII/2024/00612
- 8.2. Antrag der Fraktionen Volt / MitBürger, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Pilotprojekt zur Öffnung von Schulsportanlagen Vorlage: VIII/2024/00402
 - 8.2.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Volt/Mitbürger zu einem Pilotprojekt zur Öffnung von Schulsportanlagen
Vorlage: VIII/2024/00677 **zurückgezogen**
 - 8.3. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen
Vorlage: VIII/2024/00507
 - 8.3.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen (VIII/2024/00507) Vorlage: VIII/2025/00722 **zurückgezogen**
 - 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen - VIII/2025/00722
Vorlage: VIII/2025/00811 **zurückgezogen**
 9. Mitteilungen
 - 9.1. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2025
Vorlage: VIII/2025/00783
 10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 10.1. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Stand der Einrichtung eines Familieninformationsbüros
Vorlage: VIII/2025/00771
 11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.01.2025
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Kinder- und Jugendsprechstunde

Es gab keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde

zu 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.01.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 09.01.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt

zu 6 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige
Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025
Vorlage: VIII/2024/00655**

Herr Frolow brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Schmidt regte eine Einzelbehandlung der Maßnahmen an, um die Einbindung aller Mitglieder und Mitgliederinnen zu gewährleisten.

Es wurde sich für eine EinzelpunktAbstimmung der Maßnahmen von der laufenden Nummer 1 bis 20 entschieden.

Herr Pieloth bat um die Einhaltung des Mitwirkungsverbots nach § 33 KVG-LSA.

Er rief zur Behandlung der laufenden Nummer 1 auf.

Lfd. Nr. 01 Antragstellende: congrav new sports e.V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 01 congrav new sports e.V. bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 2 auf.

Lfd. Nr. 02 Antragstellende: CVJM Familienarbeit Mitteldeutschland e.V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 02 - CVJM Familienarbeit Mitteldeutschland e.V bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 3 auf.

Lfd. Nr. 03 Antragstellende: Kaltstart e.V. Verein für Improvisationstheater

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 03 - Kaltstart e.V. Verein für Improvisationstheater bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 4 auf.

Lfd. Nr. 04 Antragstellende: Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 04 - Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V. bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 5 auf.

Lfd. Nr. 05 Antragstellende: Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 05 - Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V. bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 6 auf.

Lfd. Nr. 06 Antragstellende: Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 06 - Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V. bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 7 auf.

Lfd. Nr. 07 Antragstellende: Evangelische Stadtmission Halle e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 07 - Evangelische Stadtmission Halle e. V.bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 8 auf.

Lfd. Nr. 08 Antragstellende: Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 08: Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 9 auf.

Lfd. Nr. 09 Antragstellende: Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg

Mitglieder, die sich im Mitwirkungsverbot befanden, setzten sich in den Zuschauerbereich.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 09 - Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 10 auf.

Lfd. Nr. 10 Antragstellende: Aktionstheater Halle e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 10 - Aktionstheater Halle e. V. bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 11 auf.

Lfd. Nr. 11 Antragstellende: AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 11 - Aktionstheater Halle e. V. bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 12 auf.

Lfd. Nr. 12 Antragstellende: Sport- und Kultur-Club TaBeA Halle 2000 e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 12 - Sport- und Kultur-Club TaBeA Halle 2000 e. V.bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 13 auf.

Lfd. Nr. 13 Antragstellende: Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Mitglieder, die sich im Mitwirkungsverbot befanden, setzten sich in den Zuschauerbereich.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 13 - Antragstellende: Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 14 auf.

Lfd. Nr. 14 Antragstellende: Friedenskreis Halle e. V.

Mitglieder, die sich im Mitwirkungsverbot befanden, setzten sich in den Zuschauerbereich.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 14 - Friedenskreis Halle e. V.bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 15 auf.

Lfd. Nr. 15 Antragstellende: Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH

Mitglieder, die sich im Mitwirkungsverbot befanden, setzten sich in den Zuschauerbereich.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 15 - Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH.bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 16 auf.

Lfd. Nr. 16 Antragstellende: Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH

Mitglieder, die sich im Mitwirkungsverbot befanden, setzten sich in den Zuschauerbereich.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 16 - Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH.bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 17 auf.

Lfd. Nr. 17 Antragstellende: Kinderstadt Halle e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 17 - Kinderstadt Halle e. V.bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 18 auf.

Lfd. Nr. 18 Antragstellende: Peißnitzhaus e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 18 - Peißnitzhaus e. V. bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 19 auf.

Lfd. Nr. 19 Antragstellende: Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 19 - Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e. V. bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth rief zur Behandlung der laufenden Nummer 20 auf.

Lfd. Nr. 20 Antragstellende: Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e. V.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Lfd. Nr. 20 - Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e. V. bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. die Ablehnung der unter den laufenden Nummern 04, 08, 10, 11, 12, 15, 18 in der Anlage aufgeführten Fördermittelanträge.
2. unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2025 die Bewilligung bzw. teilweise Bewilligung der unter den laufenden Nummern 01, 02, 03, 05, 06, 07, 09, 13, 14, 16, 17, 19, 20 in der Anlage aufgeführten Fördermittelanträge für Sonstige Maßnahmen.

zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) zur Beschlussvorlage „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2025“ (Vorlage: VIII/2024/00655) Vorlage: VIII/2025/00835

Die Mitglieder, die sich im Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA befanden, setzten sich in den Zuschauerbereich.

Herr Raabe brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Kramer teilte mit, dass er mit allen relevanten Beteiligten hinsichtlich des Änderungsantrags gesprochen hat. Der Träger Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH ist nicht bereit, dass sein Projekt auf Kosten anderer Träger finanziert wird. Er gab zur Kenntnis, dass es in der Stadt Halle (Saale) ein Netzwerk von Familienpatenprojekten mit unterschiedlichen Schwerpunkten gibt, wobei das neue Projekt Nummer 13 aus Bildungspatenschaften hervorgeht und sich auf Familien mit Kindern ab vier Jahren konzentriert. **Herr Kramer** hält den Änderungsantrag für unglücklich, weil hier eine Finanzierung eines Projekts auf Kosten eines anderen erfolgen soll. Der Träger Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH selbst lehnt dies ab. Er betonte, dass es nicht genügend Mittel gibt, um zusätzliche Stellen zu finanzieren, und drückt seinen Dank an den Stadtrat aus, der eine Mittelserhöhung im Haushalt ermöglicht hat. **Herr Kramer** spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, da er die bestehende Finanzierung der Projekte als nachhaltig und sinnvoll erachtet.

Herr Heym bedankt sich bei Herrn Kramer für die Informationen zum Änderungsantrag. Er kritisierte jedoch den kurzen zeitlichen Vorlauf zur Bekanntgabe des vorhandenen Änderungsantrags. Er bemerkte, dass die berufstätigen Stadträte um 17 Uhr eine Entscheidung über Fördermittel treffen müssen, was ohne ausreichende Prüfung und Informationen nicht möglich ist. **Herr Heym** appelliert an die Fraktionen, Änderungen im Voraus vorzubereiten und die Mandatsträger frühzeitiger zu informieren. Somit können fundierte Entscheidungen ermöglicht werden.

Herr Kramer erkundigte sich, ob dieses Projekt mit einer halben Stelle aus dem Bereich Hilfe zur Erziehung finanziert werden kann. Damit könnte man das Projekt mit seiner bisherigen Ressourcenbreite weiterführen.

Herr Frolow antwortete, dass es grundsätzlich möglich ist, Projekte im Rahmen von Vereinbarungen mit Trägern zu finanzieren, die aus einem bestimmten Fördertopf stammen und präventiv wirken. Allerdings bewegen sich diese Vorhaben in einem rechtlichen

Graubereich. Es gibt die Möglichkeit, solche Vereinbarungen zu prüfen, jedoch hängt dies von der Einbeziehung weiterer Expertise und der Entscheidung der Verwaltung ab, ob diese umgesetzt werden.

Frau Ranft betonte, dass dieser Sachverhalt für alle Mitglieder sehr schwierig ist. Ein Träger hat signalisiert, dass er keine finanziellen Mittel annehmen möchte, die einem anderen Träger gutgeschrieben wurden. Sie bemerkte, dass der Träger das Recht zu dieser Entscheidung hat. **Frau Ranft** hält es für wichtig, dass die Träger gut zusammenarbeiten und es untereinander eine gewisse Gerechtigkeit gibt. Sie erkundigte sich, ob der Träger wirklich ablehnt oder ob er sich nur dem Kompromiss entziehen will.

Frau Krause teilte mit, dass der ablehnende Träger aber bei den Fraktionen um Unterstützung gebeten hat. Sie ist über diesen Vorgang verwundert.

Herr Kramer wies nochmalig darauf hin, dass der Träger die Finanzierung nicht zulasten eines anderen Projekts auf der Liste möchte. Die Rückmeldung des Trägers betont klar, dass die Finanzierung nicht auf Kosten anderer Projekte im Bereich Familienarbeit erfolgen soll.

Frau Schmidt teilte mit, dass sie die Ablehnung des Trägers nachvollziehen kann. Der Träger möchte keine Finanzierung auf Kosten anderer Projekte im Bereich Familienarbeit. Dieses Anliegen sollte respektiert werden. Aus diesem Grund sollte eine Ablehnung des Änderungsantrags erfolgen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Pieloth** um Abstimmung des Änderungsantrags.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

2. die Ablehnung der unter den laufenden Nummern 04, 08, 10, 11, 12, **13**, 15, 18 in der Anlage aufgeführten Fördermittelanträge.
3. unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2025 die Bewilligung bzw. teilweise Bewilligung der unter den laufenden Nummern 01, 02, 03, 05, 06, 07, 09, ~~13~~, 14, 16, 17, 19, 20 in der Anlage aufgeführten Fördermittelanträge für Sonstige Maßnahmen- **mit folgender Änderung: Die Maßnahme Nr. 16 „Prävention zu Beginn einer Delinquenzphase – intensive Kurzzeitintervention für Familien 2025“ der Halleschen Jugendwerkstatt gGmbH erhält eine Förderung in Höhe von 60 h/Wo. Die Fördersumme wird entsprechend angepasst.**

zu 7.2 **Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen**
Vorlage: VIII/2024/00333

Frau Brederlow brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Aufnahme folgender neuer Bildungsgänge in den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 für berufsbildende Schulen:

- Karosserie- und Fahrzeugmechaniker/-in, FR: Caravan und Reisemobiltechnik an der BbS „Gutjahr“ Halle (Saale) und
- Einjährige Berufsfachschule ohne beruflichen Abschluss Wirtschaft an der BbS „F. List“.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger Vorlage: VIII/2024/00612

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Pieloth

Kommen wir nun zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten. 8.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger, Versionsbildung.

Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Vielen Dank. Ende letzten Jahres gab es eine Stellungnahme der Stadtverwaltung zur überörtlichen Prüfung von Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Schwerpunkt Organisation im kommunalen Beteiligungsmanagement. In dieser Stellungnahme verpflichtet sich die Stadt ab 2026, diese entsprechende kumulierte, für jeden Empfänger einzeln ausgewiesene Übersicht zu fertigen. Entsprechend wurde das im Vorfeld durch die Prüfenden moniert. Dabei geht es darum, dass die betreuten Dritten zentral erfasst, dokumentiert werden und dass eben neben den entsprechenden Zuwendungen aus diesen Richtlinien auch entsprechende Zuwendungen wie kostenlose, kostengünstige Überlassungen von Räumen etc. miterfasst werden.

Der Charme dieser Übersicht liegt darin, dass es eben kumuliert pro Empfänger dann vorliegt und einen schnellen Überblick den Stadträten, die ja oft entsprechende Entscheidungen zu treffen haben, bei Förderanträgen ermöglicht, was es an Förderung hier schon unterwegs. Interessant ist dabei auch, dass eben auch Dinge erfasst werden, die die Stadt zwar weiß, aber eben nicht von ihr ausgereicht werden. Es handelt sich insgesamt um ein hilfreiches, ich nenne es mal Herrschaftswissen für uns Stadträte. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, dass das dann entsprechend, wenn es von der Stadt implementiert wurde, auch den Stadträten, dem Stadtrat zur Verfügung gestellt wird. Das ist der Sinn dahinter. Es erspart den Fraktionen dann entsprechend Akteneinsichten gegebenenfalls oder schriftliche Anfragen. Wir sehen darin auch eine Möglichkeit der Entlastung der Verwaltung, also des Bürokratieabbaus.

Zusätzlicher Aufwand entsteht auch nicht, wie ich ausgeführt habe, hat sich die Stadt selbst verpflichtet, das zu implementieren. Von daher halten wir das für eine sinnvolle Geschichte, die uns durchaus dann bei unseren Entscheidungen helfen kann. Vielen Dank.

Herr Pieloth

Redebeiträge ihrerseits. Frau Brederlow.

Frau Brederlow.

Zum einen hat sich an der Stellungnahme der Stadtverwaltung nichts geändert. Und zum Zweiten möchte ich den Hinweis geben, dass mit dem Beschluss im Rechnungsprüfungsausschuss, dass wir nämlich der Stellungnahme der Stadtverwaltung beschließen, wo genau das drinsteht, ist dieser Beschluss eigentlich schon gefasst. Also insofern ist der Antrag überflüssig.

Herr Pieloth

Herr Heym bitte.

Herr Heym

Ja Frau Brederlow, das mögen Sie so sehen. Ich sehe es nicht so. Da steht nicht drin, dass es dem Stadtrat vorzulegen ist. Das habe ich da nicht rausgelesen. Von daher weiß ich nicht, was da erledigt ist, zumal der Beschluss ja auch nicht im Rechnungsprüfungsausschuss, der nur empfehlend war, sondern im Stadtrat getroffen wurde.

Herr Pieloth

Weitere Wortbeiträge Ihrerseits? Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 8.1. Wer ist für die Annahme des Antrags? Bitte ich um Ihr Handzeichen. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Vielen Dank.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung legt dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) jährlich in seiner Sitzung im September Übersichten über alle eigenen Leistungen an die jeweiligen im Kalenderjahr bewilligten Zuwendungen aus Bewilligungen aufgrund folgender Sachverhalte vor:

1. Der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit.
2. Der Richtlinie über die Förderung der freien Jugendhilfe.
3. Richtlinie über die Gewährung zur Förderung des Sportes.
4. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit.

Zur inhaltlichen Vervollständigung hierzu auch die Leistungen anderer öffentlicher Mittelgeber erfasst und ausgewiesen.

Es sind alle relevanten Leistungen, auch sonstige Vergünstigungen, wie z.B. kostenfreie oder vergünstigte Überlassung von Gebäuden und Räumen zu berücksichtigen.

Die gewährten Leistungen sind kumulativ je Empfänger auszuweisen.

zu 8.2 Antrag der Fraktionen Volt / MitBürger, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Pilotprojekt zur Öffnung von Schulsportanlagen
Vorlage: VIII/2024/00402

Herr Raabe brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Heym verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Da heißt es, dass eine Pilotierung hinfällig ist, da bereits entsprechende städtische Regelungen dazu bestehen. Er erkundigte sich, ob diese Stellungnahme der Verwaltung noch aktuell ist.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Ursprungsantrag in verschiedenen Ausschüssen bereits diskutiert wurde. Die Verwaltung hatte dabei auch auf die Probleme hingewiesen, die es mit der Nutzung von Sportanlagen gibt. Sie sagte, dass auch im geänderten Antrag noch von Sportanlagen im schulischen Freigelände gesprochen wird. Das heißt, es sind Anlagen, die an dem Tag früh der Schule zur Nutzung zur Verfügung stehen müssen. Wenn am Abend zuvor erhöhter Vandalismus war, hat die Schule ein Problem. **Frau Brederlow** bemerkte, dass eine Abfrage bei Schulen jederzeit durchgeführt werden kann, sie sieht hierbei aber kein positives Feedback entgegen.

Frau Wölfel teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützen wird. Es ist positiv zu betrachten, wenn sich Jugendliche und Kinder in ihrer Freizeit sportlich betätigen können.

Herr Heym betonte, dass ihm nach dem Redebeitrag von Frau Brederlow, immer noch die Begründung des Mehrwertes dieses Antrags fehlt. Er sieht bei diesem Antrag eher den moralischen Aspekt, dass man an dem Antrag festhält. **Herr Heym** teilte mit, dass auch die AfD-Stadtratsfraktion Halle diesen Antrag unterstützen wird, obwohl der Mehrwert für die Stadtgesellschaft bisher unklar ist.

Herr Dr. Methner sagte, dass er die Intention des Antrags nachvollziehen kann. Das Anliegen des Antrags wird bestätigt, wenn man an einem Wochenende durch Halle fährt und sieht, wie inoffiziell illegal die Schulsportstätten genutzt werden. Er schlug vor, in seinen regelmäßigen Dienstberatungen die Schulen unverbindlich anzufragen und positiv für den Antrag zu werben,

Frau Krause nahm Bezug auf die Besorgnis, dass Kinder und Jugendliche auf den Sportplätzen sich selbst überlassen sind und Vandalismus daraus folgend ein Problem ist. Sie sagte, dass im Antrag die Einbindung relevanter Akteure beabsichtigt ist. Es gibt bereits Gespräche, dass Sportvereine sich zum Beispiel mit Übungsleitern einbringen können.

Frau Brederlow sprach ihre Verwunderung darüber aus, dass Sportvereine eine Anzahl von Übungsleitern zur Verfügung haben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Herr Pieloth um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. ein Pilotprojekt zur Öffnung von ~~Schul~~**Sportanlagen im schulischen Freigelände** für die **zeitweilige** öffentliche Nutzung außerhalb der schulischen Nutzungszeiten (z.B. nachmittags, an Wochenenden) zu erarbeiten. **Das Pilotprojekt soll zum Schuljahr 2025/26 starten.**
 - a. ~~Zur Auswahl der teilnehmenden Schulen~~ **Dazu** ist eine Bereitschaftsabfrage bei allen Schulen im Stadtgebiet durchzuführen. **Entscheidend für die Bereitschaft ist das Votum der Schulleitung. Die Stadt schlägt dabei Verantwortliche für die Betreuung bzw. Überwachung der außerschulischen Nutzung der Anlage vor.**
 - b. Im Zuge der Erarbeitung werden konkrete Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die Pilotschulen im Öffnungsprozess definiert. Die Bereitschaftsabfrage ist mit einer konkreten Darstellung dieser Beratungs- und Unterstützungsleistungen zu verbinden. **Die Unterstützungsmaßnahmen sollen nach Möglichkeit auch Anreize für die teilnehmenden Schulen, beispielsweise in Form einer Aufstockung des Schulbudgets beinhalten. Für die Beseitigung eventueller Schäden durch die Stadtverwaltung ist ein separates Budget bereitzustellen. Hierzu legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat bis Mai 2025 eine Kostenschätzung jeweils für 2025 und die erste Jahreshälfte 2026 vor.**
 - c. Nach Möglichkeit sollen vorrangig Schulsportanlagen in Stadtteilen mit unterdurchschnittlicher Versorgung mit Spiel- und Freizeitsportflächen ausgewählt werden.
 - d. Neben den jeweiligen Schulgemeinschaften ~~sind~~ **sollen** relevante Quartiersakteure, das Quartiersmanagement, **die Arbeitsgruppe „Jugendliche im öffentlichen Raum“ des Präventionsrats** und der Kinder- und Jugendrat ~~zu beteiligen~~ **einbezogen werden, um die Schulleitung(en) als Partner bei der erfolgreichen Projektumsetzung zu unterstützen.** Welche weiteren Akteure (z.B. Streetwork, Akteure der freien Jugendarbeit, **Sportvereine**) ~~bei der erfolgreichen Projektumsetzung unterstützen können~~ **hierfür gegebenenfalls in Frage kommen**, wird im Zuge der Erarbeitung ermittelt.
2. ~~dem Stadtrat innerhalb von vier Monaten Vorschläge für die Auswahl der Pilotschulen und die Ausgestaltung des Pilotprojektes zur Beschlussfassung vorzulegen. das Pilotprojekt zu evaluieren. Hierzu legt sie dem Bildungs- und dem Sportausschuss im Februar 2026 einen Zwischenbericht und im Juni 2026 einen Abschlussbericht vor.~~
3. bei zukünftigen **und laufenden** Schulbauprojekten die Schaffung der Voraussetzungen für eine regelhafte Öffnung der Schulsportflächen für eine öffentliche Nutzung außerhalb der schulischen Nutzungszeiten standardmäßig einzuplanen **zu prüfen.** ~~Bei bereits laufenden Maßnahmen ist zu prüfen, ob eine entsprechende Anpassung mit vertretbarem Aufwand möglich ist und bei positivem Prüfergebnis umzusetzen.~~
4. **Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Entwicklung von niedrigschwelligen Sportangeboten (bspw. städtische Bolzplätze/Bolztore, Streetballstände und Calisthenics-Anlagen) für die Freizeitnutzung in die Sportstättenentwicklungsplanung einzubeziehen.**

zu 8.3 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen Vorlage: VIII/2024/00507

Frau Schmidt brachte den Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen ein und begründete diesen.

Frau Brederlow sagte, dass die Herausforderung der Bildungsgerechtigkeit und Segregation in Stadtteilen, die durch soziale und wirtschaftliche Faktoren beeinflusst wird, eine bundesweite Problematik ist. Sie wies darauf hin, dass diese Schwierigkeiten nicht nur durch Migration, sondern auch durch die Einkommensverhältnisse der Eltern bedingt sind, was bereits seit der ersten PISA-Studie thematisiert wird. **Frau Brederlow** bedankte sich bei den Antragstellern für die Diskussion über dieses wichtige Thema und betonte die Notwendigkeit, nicht nur bestehende Probleme zu reparieren, sondern auch deren Ursachen anzugehen. Es werden verschiedene Ansatzpunkte zur Verbesserung angesprochen, sowohl auf kommunaler Ebene als auch durch gesetzliche. Daher schätzt sie die Initiative zur Diskussion und unterstützt eine quartalsmäßige Berichterstattung zu den Fortschritten.

Herr Heym teilte mit, dass er bei der Diskussion im Bildungsausschuss anwesend war. Er begrüßt, dass das Thema Segregation in die Ausschusss Diskussionen und in den Stadtrat eingebracht wurde. Er hofft auf eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der Verwaltung, um hierbei eventuelle Überforderungen zu erkennen und gegebenenfalls stoppen zu können. **Herr Heym** betonte, dass Segregation in der Jugendhilfe bedeutende Ressourcen bindet und Kosten verursacht, die durch eine bessere Durchmischung vermieden werden könnten. Er stellte fest, dass Lösungen auf kommunaler Ebene nicht einfach oder schnell zu erreichen sind und fordert daher Anpassungen auf Bundesebene.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Herr Pieloth um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu entwickeln und prüfen und durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen daraus Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle (Saale) umsetzbar sind und das Ergebnis dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen. Dabei sind neben Möglichkeiten zur strategischen Anpassung der Schulbezirke auch weitere bestehende Handlungsoptionen aufzuzeigen Handlungsmöglichkeiten zu prüfen.
 - a. ~~Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein. Ziel sind gerechtere Bildungschancen für Kinder~~

unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft und mit geringerer deutscher Sprachkompetenz durch mehr Kontakte mit Muttersprachlern, dies unter anderem durch eine gleichmäßigere Verteilung derer mit Unterstützungsbedarf.

- b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke **bei zu hoher Zahl an Kindern mit geringer deutscher Sprachkompetenz oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen**, sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
 - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen **sowie die Anzahl an Kindern je Schule mit Sprachförderbedarf (Deutsch).**
3. Der Bildungsausschuss ist ~~fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate~~, **einmal im Quartal** über den Stand der Erarbeitung zu informieren.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2025 Vorlage: VIII/2025/00783

Die Jahresplanung 2025 wurde zur Kenntnis genommen.

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

zu 10 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Stand der Einrichtung eines Familieninformationsbüros Vorlage: VIII/2025/00771

Die Antwort der Verwaltung ist im Session hinterlegt. Es gab keine weiteren Nachfragen.

zu 11 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Pieloth** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Philipp Pieloth
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer